

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Westdeutscher Rundfunk

Appellhofplatz 1 50667 Köln  
Telefon +49 (0)221 220 2100 Telefax +49 (0)221 220 772100

Ständige Publikumskonferenz der  
öffentlich-rechtlichen Medien  
Frau Maren Müller  
Hofer Straße 20  
04317 Leipzig

Köln, 28. November 2014

**Ihr Schreiben vom 20. Oktober 2014 zur Sendung *Tagesthemen* – „Ukraine lässt russischen Konvoi nicht passieren“ vom 14. August 2014**

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihren Brief vom 20. Oktober 2014 an NDR-Intendant Lutz Marmor zur Sendung *Tagesthemen* vom 14. August 2014. Das Schreiben wurde zuständigkeits- halber an den WDR weitergeleitet, wo es am 29. Oktober 2014 eingegangen ist.

Unser Moskau-Korrespondent Udo Lielischkies berichtet in dem von Ihnen kritisierten *Tagesthemen*-Stück über die Schwierigkeiten rund um den russischen Hilfskonvoi für die Ukraine.

Sie behaupten, der Beitrag bringe dem Zuschauer „wider besseres Wissen und auf dramatische Weise die Routenänderung des russischen Hilfskonvois in Richtung Separatistengebiet als mögliche Provokation Russlands“ nahe. Konkret unterstellen Sie dabei, „die ‚bange Frage‘ nach der Route, die sich angeblich am Morgen des 14. August 2014 gestellt habe, ist offenbar aus dramaturgischen Gründen frei erfunden“. Als allgemeine Kritik tragen Sie weiter vor, Sie würden „zum wiederholten Mal aufzeigen, dass die innerhalb der Nachrichtenformate der ARD verbreiteten Verdächtigungen gegen den russischen Hilfskonvoi auf Falschdarstellungen beruhen“. Sie unterstellen, „dass Recherche und konsistente Aufbereitung von Informationen nur unzureichend stattfinden“ und dass „das Publikum ... somit nicht angemessen und wahrheitsgetreu informiert“ würde.

Ihr Schreiben vom 20. Oktober 2014 werte ich als förmliche Programmbeschwerde, da Sie sich auf § 8 Absatz 1 und 2 NDR-Staatsvertrag beziehen. In der Sache rügen Sie damit eine Verletzung der Wahrheitspflicht, wie sie auch in § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz geregelt ist. Danach sind Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft oder Wahrheit zu prüfen.



Nach eingehender Prüfung auf Basis einer von der Redaktion eingeholten Stellungnahme komme ich zu dem Ergebnis, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen, so dass ich Ihrer Programmbeschwerde nicht abhelfe.

Entgegen Ihrer Darstellung war zum Zeitpunkt der Ausstrahlung der Sendung nach übereinstimmenden Berichten mehrerer Quellen eben nicht klar, wohin der festsitzende russische Konvoi an diesem 14. August 2014 fahren würde. Stattdessen wurde von drei verschiedenen möglichen Vorgehensmöglichkeiten für den weiteren Ablauf des Transportes berichtet.

So sagte der ukrainische Präsdentensprecher Swjatoslaw Zegolko am Vorabend des 14. August 2014 (zitiert nach der Agentur Interfax vom 13. August 2014 um 17.25 Uhr):

*„Wir haben derzeit drei mögliche Szenarien. Erstens: Ein direktes Eindringen auf ukrainisches Staatsgebiet unter dem Vorwand humanitärer Hilfe. Zweitens: Provokationen durch den Konvoi in der Gegend von Charkiw mit einer hohen Wahrscheinlichkeit von Aggression durch die russische Seite. Und drittens: Die Hilfslieferung erfolgt durch einen Kontrollpunkt so nahe wie möglich an ukrainischem Gebiet. Unsere Zoll- und Grenzbeamten sowie OSZE-Vertreter würden die Ladung prüfen können. Der Konvoi würde sich danach auf Gebiet bewegen, das von den Separatisten kontrolliert wird und nach der Ankunft in Lugansk würde das Rote Kreuz die Ladung verteilen“.*

Sie zitieren aus einer gleichlautenden Meldung der nationalen ukrainischen Nachrichtenagentur Ukrinform (ebenfalls vom 13. August 2014, aber erst zweieinhalb Stunden später veröffentlicht: um 19.42 Uhr) lediglich die dritte vorgestellte Variante. Dabei lassen Sie es auch unerwähnt, dass auch diese Meldung Optionen für den weiteren Verlauf benennt.

Die von Ihnen zitierte Darstellung in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 13. August 2014 stellt ebenfalls nur ein mögliches Geschehen dar. Hier heißt es durchgehend im Konjunktiv: „... doch bislang war unklar, ob und unter welchen Bedingungen sie [die LKW's] über die Grenze gelassen werden würden.“

Die unter den Punkten 1 und 2 Ihres Schreibens angeführten Aussagen beschreiben lediglich ukrainische Forderungen und Vorstellungen, die auch nicht im Widerspruch zu den von Herrn Lielschkie am nächsten Tag aufgezeigten Entwicklungen stehen.

So kann auch der von Ihnen unter Punkt 3 genannte ARD-Hörfunkkorrespondent in seinem Beitrag vom 14. August 2014 um 8.43 Uhr vormittags tatsächlich nur von möglichen Varianten berichten:

*„[bei min 1:33]... könnte einen Grenzübergang in der Nähe von Lugansk benutzen. Bedingung sei aber, dass die Lastwagen von OSZE-Beobachtern und Grenzsoldaten überprüft würden.“*

Auch dieser Hörfunkbeitrag ist, wie schon der Artikel der „Welt“, im Konjunktiv gehalten. Berichtet wurde über potentielle Maßnahmen und Fahrtrouten – nicht über ver-



bindliche Entscheidungen, die es zu dem Zeitpunkt auch gar nicht gab. Die Tatsache, dass die Route einen Tag zuvor am 13. August 2014 geändert worden ist, führt ja entgegen Ihrer Behauptungen nicht dazu, dass einen Tag später ihr Verlauf feststeht. So bestand am Morgen des 14. August 2014 noch genau diese Frage "Wohin fährt der Hilfskonvoi heute?". Die ukrainische Agentur Interfax meldete noch am 14. August 2014 um 16.34 Uhr ukrainischer Zeit (15.34 Uhr deutscher Zeit), also wenige Stunden bevor die *Tagesthemen* in Deutschland gesendet wurden:

*"We have no information where this convoy is now and which check point it has an intention to pass through" the Press Service of State Border Service of Ukraine told Interfax Ukraine News Agency on Thursday.*

Und genau diese Nachrichtenlage nimmt der Bericht in den *Tagesthemen* auf:

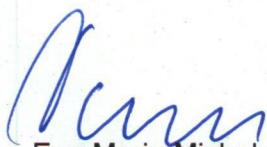
*"Den ganzen Morgen über eine bange Frage: Wohin fährt der russische Hilfskonvoi heute? Schon nach wenigen Stunden wurde klar: Erneuter Zwischenstopp, aber eindeutig auf dem Weg zu einem Grenzübergang der mittlerweile von Separatisten besetzt ist und nicht mehr von Kiew kontrolliert wird [Iswarino]. Eine neue Provokation? Doch statt wie gestern [13.08.2014] mit einer militärischen Antwort zu drohen, scheint Kiew auch diesen Weg inzwischen mit Bedingungen zu akzeptieren. [dazu O-Ton Andrij Lissenko/Sprecher Sicherheitsrat Ukraine] ..."*

Unser Korrespondent liefert damit einen sorgfältig auf Inhalt und Herkunft geprüften Bericht zur Lage um den Konvoi.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass eine Verletzung des Programmgrundsatzes der Wahrheitspflicht gemäß § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz nicht gegeben ist und ich Ihrer Beschwerde daher nicht abhelfen kann.

Es bleibt Ihnen aber unbenommen, gegen diesen Bescheid innerhalb eines Monats ab Zugang den Rundfunkrat anzurufen. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Mit freundlichen Grüßen



Eva-Maria Michel  
in Vertretung des Intendanten